



Sicherheit und Stabilität – Leitthema syrischer Politik

Politischer Kurzbericht

von

Dr. Hardy Ostry, Gerrit F. Schlomach

4. Juni 2007

Man musste kein Wahrsager sein, um die Bestätigung Bashar al Assads als syrischen Präsidenten am 27. Mai 2007 zu erwarten. Nach Angaben des syrischen Innenministers Bassam Abdul Majid gewann der alte und neue Präsident 97,62 Prozent der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 95,86 Prozent. Somit kann sich Assad bei der Ablegung seines Eides am 17. Juni 2007 auf die Legitimation von 11, 472 Millionen Bürgern für seine zweite Amtszeit bis 2014 berufen.

Weckte das erste Referendum zur Bestätigung Assads Herrschaft im Jahr 2000 noch Anlass zur Hoffnung auf demokratischen Wandel und wirtschaftliche Öffnung, so lautet das Leitthema der kommenden sieben Präsidentschaftsjahre Sicherheit und Stabilität. Vor dem Hintergrund steigenden außenpolitischen Drucks auf Syrien in einer gewaltgeschüttelten Region deuten alle innenpolitischen Maßnahmen darauf hin, das übergeordnete Ziel mit allen nötigen Mitteln konsequent zu verfolgen. Dabei fällt das Interesse der regierenden Elite am Machterhalt zusammen mit dem Interesse weiter Teile der Bevölkerung an berechenbaren Lebensverhältnissen.

Wandel der US-Politik gegenüber Damaskus?

Auf internationaler Ebene steht die syrische Führung einem fortgesetzten außenpolitischen Druck gegenüber. Als Reaktion auf die Unterstützung des internationalen Terrorismus und irakischer Aufständischer verfolgten die USA bislang eine Politik der Eingrenzung des syrischen Einflusses. Auf internationaler Ebene wurde diese umgesetzt über wirtschaftliche Sanktionen und politische Ächtung. Ungeachtet ideologischer Gegensätze reagierte Assad mit einer Politik der Öffnung gegenüber dem Iran, was in Washington und in europäischen Hauptstädten nicht mit Wohlwollen aufgenommen wurde. Nach den letzten Gesprächen zwischen Condoleezza Rice und dem syrischen Außenminister Alid al Moallem und der Aufsehen erregenden Reise der Sprecherin des US-Repräsentantenhauses Nancy Pelosi nach Damaskus bleibt abzuwarten, welche strategische Orientierung das Land langfristig wählen wird. So deutlich die Reise Pelosis als Zeichen einer möglichen strategischen Veränderung der US-Politik gegenüber dem Regime Assads gewertet wurde, so machte sie auf der anderen Seite klar, daß es auf absehbare Zeit keine klare amerikanische Linie geben wird. Syrien und mehr noch die Irak-Frage sind längst zum Bestandteil des US-Wahlkampfes geworden. Das nimmt kurz- bis mittelfristig Druck vom Regime in Damaskus.

Syriens Verwicklungen im Libanon

Abzuwarten bleibt zudem, wie sich das syrisch-libanesisches Verhältnis entwickeln wird. Zwar setzte Damaskus mit dem Truppenabzug aus dem Libanon im Jahr 2005 ein wichtiges internationales Zeichen, doch zeigt gerade die zögerliche Haltung der syrischen Machthaber bei der Aufklärung der Ermordung des

ehemaligen libanesischen Premierministers Rafiq Hariri die Untiefen der bilateralen Beziehungen. Die kritischen Stimmen aus Damaskus gegenüber der Umsetzung der UN Sicherheitsratsresolution 1757, die die Einrichtung eines internationalen Gerichtshofs zur Aufklärung des Mordens an Hariri und der übrigen 22 Opfer vorsieht, belegen, dass die Rückzugsgefechte aus dem Libanon nicht ungeschlagen bleiben werden. Von syrischer Seite wird befürchtet, dass der Gerichtshof die Verwicklung hoher politischer Verantwortlicher offen legt. Dies würde auf internationaler Ebene einem Gesichtsverlust gleichkommen.

Bashar al Assad - Wahrer der Souveränität und Sicherheit des Landes?

Aus innenpolitischer Perspektive stärkte das unbeugsame internationale Auftreten Bashar al Assads das Vertrauen bei der Bevölkerung und erhöhte seine Legitimität als Wahrer der Souveränität und Sicherheit des Landes. Vor dem Hintergrund fortgesetzter Gewaltanwendung in angrenzenden Staaten und steigenden Flüchtlingsströmen ins Land fällt es der herrschenden Elite leicht, sich im Lichte der Bewahrer der Stabilität darzustellen. Die aus Sicht der Bevölkerung positive außenpolitische Bilanz dient so als Rückgrat innenpolitischer Legitimität und eröffnet dem Regime einen freien innerstaatlichen Handlungsspielraum.

Der Wind der Veränderungen des vergangenen Damaszener Frühlings beschränkt sich längst auf rein wirtschaftliche Maßnahmen, wie die Liberalisierung des Bankensystems oder die angekündigte Stärkung privaten Unternehmertums. Im politischen Bereich wurde die Opposition zum Schweigen gebracht oder fristet im Ausland ein Schattendasein. Im Land verbliebenen

Oppositionellen wird der bislang gewährte Aktionsraum stark eingeschränkt. Im Extremfall bedeutet dies, wie im Falle der Schicksale von Michel Kilo oder Kamal Labwani, Verurteilung zu mehrjährigen Haftstrafen aufgrund regimekritischer Äußerungen.

Klare Hierarchie der Reformen

Es ist auch weiterhin nicht zu erwarten, daß politische Reformen und Liberalisierungen auf die damaszenische Agenda gesetzt werden. Eine klare Hierarchie der Reformen hat unlängst der Vorzeige-Reformer Assads, Vize-Premier Abdallah Dardari, der maßgeblich an der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft in Syrien beteiligt war, vorgegeben. „Wirtschaft, Wirtschaft, Wirtschaft“, so lautet das Credo. Und die Herrschenden wissen warum: Derzeit werden noch rund 60-70 Prozent des gesamten Staatshaushaltes durch Erdölerlöse bestritten. Doch jeder weiß, daß Syrien spätestens in fünf bis sieben Jahren zum Nettoimporteur des schwarzen Goldes wird. Diese Tatsache hängt wie ein Damoklesschwert über dem Regime. Daher drängt er darauf, die Wirtschaft zu modernisieren, die Privatisierung voran zu treiben, einen breiten Mittelstand zu schaffen und den Leuten Eigenverantwortung anstatt zunächst Staatsfürsorge zu vermitteln. Darüber hinaus sind umfassende Reformen im Bildungssystem geplant. Alle diese Veränderungen werden nach syrischer Überzeugung nicht reibungslos und ohne gesellschaftliche Diskussionen verlaufen; in diesem Kontext weitgehende politische Reformen durchzuführen, würde aus Sicht des Regimes politischen Suizid bedeuten. Und schon hat man sich ein Beispiel gesucht, wo eine Art der Marktwirtschaft zunächst auch ohne politische Konzessionen umgesetzt wird: Auffällig intensiv orientiert man sich am chinesischen Beispiel.

